

Bern, 16. September 2016

Medienkonferenz des «Jugendkomitee für AHVplus»

## **Die Hintergründe der bürgerlichen Angstkampagne**

Seit Mitte der 1990er-Jahren wird die Schweiz eingedeckt mit Angstszenarien zur demografischen Entwicklung und zu den Kosten, die dadurch entstehen. Absender des Grossteils der Studien sind Banken, Versicherer und ihnen nahestehende Stiftungen oder Universitätsinstitute. Das ist kein Zufall. Denn die Finanzwirtschaft hat beim Thema Altersvorsorge grosse Eigeninteressen.

Die Schweizer Altersvorsorge beruht auf dem Dreisäulenmodell. In der AHV verdient die Finanzwirtschaft wenig Geld. Hier müssen nur die im AHV-Fonds angehäuften 44 Milliarden Franken verwaltet und angelegt werden. Bei den anderen beiden Säulen aber müssen mittlerweile über eine Billion Franken verwaltet und angelegt werden. Das ist eine 1 mit 12 Nullen! Die Finanzwirtschaft verdient damit viel Geld. Die Vermögensverwaltungskosten, der Administrativaufwand und die Gewinne beliefen sich 2013 in der zweiten Säule auf 6,4 Mrd. Franken. Geld das nicht in die Pensionskassen-Renten der Versicherten fliesst.

Angesichts dieser lukrativen Geschäfte ist es nicht überraschend, dass die UBS von ungedeckten Checks zulasten der kommenden Generationen von 1000 Mrd. Fr. fantasiert<sup>1</sup>. Eine Aussage, die absurd ist, denn die UBS berechnete bei dieser Studie, wie viel die AHV bezahlen müsste, wenn sie alle künftigen Verpflichtungen heute auf einen Schlag zu begleichen hätte. Ein solcher Fall kann jedoch gar nie eintreten, da das Umlagesystem der AHV ja gerade darauf beruht, dass die laufenden Renten durch die Lohnbeiträge und die anderen Finanzierungsquellen der AHV fortlaufend finanziert werden.

Leider hat sich auch die Verwaltung von diesen Angstszenarien anstecken lassen und ab Mitte der 90er-Jahre immer wieder Prognosen gemacht zu den AHV-Finzen, die sich später als viel zu pessimistisch erwiesen haben.

Das Resultat dieser Angstmacherei konnten wir letzten Sonntag in der „Schweiz am Sonntag“ nachlesen: Die Mehrheit der 18-29-Jährigen glaubt nicht mehr daran, dass die AHV sicher ist. Obwohl alle Prognosen die Kraft der AHV unterschätzt haben. Weshalb die AHV sicher ist, wird der nächste Redner beleuchten.

---

<sup>1</sup> [https://www.ubs.com/content/dam/static/asset\\_management/switzerland/institutional/newsletter/2014-06-26-Edi-tion/Lasten\\_in\\_die\\_Zukunft\\_verschoben\\_D.pdf](https://www.ubs.com/content/dam/static/asset_management/switzerland/institutional/newsletter/2014-06-26-Edi-tion/Lasten_in_die_Zukunft_verschoben_D.pdf)

Ich möchte hier zurück zur Finanzwirtschaft kommen, die die Altersvorsorge als Goldgrube sieht. Diese profitiert nämlich direkt von den Angstkampagnen. So zeigt eine Studie des Forschungsinstituts Demoscope (im Auftrag der Banque CIC), dass bei den 15- bis 34-Jährigen bereits 40 Prozent in eine dritte Säule einzahlen. Noch vor drei Jahren waren es 34 Prozent. Gefördert wird dieser Trend auch von parallel geführten Kampagnen der Banken und Versicherungen. Z.B. jene der UBS, die zurzeit mit dem Slogan „älter werden fängt früher an als man denkt“ mit Unmengen von Spots am Fernsehen und in den sozialen Medien für ihre Drittsäulenprodukte wirbt.

Diese Entwicklung steht im Einklang mit den Forderungen der bürgerlichen Jungparteien und ihren Mutterparteien. Sie predigen Eigenverantwortung und eine Stärkung der individuellen privaten Vorsorge. Dass dies die Jungen viel teurer zu stehen kommt, als für eine AHV-Rente Lohnbeiträge und Mehrwertsteuer zu bezahlen, ist diesen Parteien egal. Deshalb ist kein Schelm, wer den bürgerlichen Parteien unterstellt, als Helfershelfer der Finanzwirtschaft zu dienen und die Interessen der jungen Generationen zu missachten.

Das hat im übrigen System. Schon bei der Einführung der AHV war die Finanzwirtschaft gegen eine zu starke erste Säule. Sie sollte nur einen Minimalbedarf decken, damit die Leute genügend Anreiz haben, privat vorzusorgen, wie der Historiker Prof. Matthieu Leimgruber von der Universität Zürich in seiner Forschung belegte. Heute deckt die AHV nicht einmal das Existenzminimum, obwohl sie das laut Verfassung müsste.

Tamara Funciello, Präsidentin JUSO